

Halbzeit –

Eine schwarz-rote Pannenstatistik

Kontakt

FDP – Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 1a · 39104 Magdeburg

Tel.: 0391 / 560 60 01

Fax: 0391 / 560 60 06

e-mail: fraktion@fdp-fraktion-lsa.de

Internet: www.fdp-fraktion-lsa.de

Impressum

Herausgeber:

FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Texte:

FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Konzept und Gestaltung:

toolboxx-design, Magdeburg

Inhalt

- 04/05** Von Zündaussetzern und Motorschäden – Eine Bilanz
- 06/07** Der JB 2025 – Sparen war gestern
- 08/09** Super-Bike ist Dauergast beim Pannendienst
- 10/11** Das Tatkraftauto: Die Zukunft der Mobilität?
- 12/13** Wenn ich mir was wünschen darf, oder wie man die Realität ausblendet
- 14/15** Mängel bleiben trotz Überarbeitung bestehen
- 16/17** Und wenn der Traktor schlingert, oben ist oben
- 18/19** Poliertes Chrom kann über gravierende Mängel nicht hinwegtäuschen
- 20/21** Der letzte Cowboy
- 22/23** „Gelbe Engel“ sind Helfer im Pannenfall

Dieses Druckerzeugnis ist eine Information über die parlamentarische Arbeit der FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.



Von Zündaussetzern und Motorschäden – Eine Bilanz

Vor zweieinhalb Jahren begann das Rennen. Die Fahrzeugflotte wurde im wenig charmanten Schwarz-Rot lackiert und einige Fahrer kamen neu ins Team. Nach der Hälfte der Renndistanz ist klar, das Team bleibt weit hinter den Erwartungen zurück! Zündaussetzer, Motorschäden und ab und an kommen selbst die eigenen Streckenposten unter die Räder. Die schwarzen-roten Regierungsmobile fahren den politischen Problemen in Sachsen-Anhalt inzwischen abgeschlagen und unmotiviert hinterher. Manchmal scheint es, als würden sich die schwarzen und roten „Flitzer“ gegenseitig blockieren, statt gemeinsam auf Sieg zu setzen. Anstatt sich gegenseitig Starthilfe zu geben, wird die Luft abgelassen oder der Wagen eingeparkt. Sei es bei Strecken wie dem Kampfhundegesetz, den Gemeindefinanzien oder dem Nichtraucherschutzgesetz – die Liste ist lang und eine gemeinsame Strategie ist nicht zu erkennen.

Zurückgelassen wurde hingegen die Dynamik und das Potential früherer Jahre. Vom Anschluss ans Mittelfeld bei den Arbeitsmarktdaten oder der wirtschaftlichen Entwicklung kann keine Rede mehr sein – vielmehr hängt Sachsen-Anhalt nun wieder am Schluss des Teilnehmerfeldes.

Einen Totalausfall erlitt das Team Schwarz-Rot auf der Strecke der Bürgerrechte. Bei keiner „Etappe“ – sei es die Gemeindegebietsreform, das Kinderschutzgesetz oder das Versammlungsrecht – wird die „freie“ Sicht

der Bürger noch im Auge behalten. Vielmehr wird blockiert, eingeschränkt oder behindert wo immer es möglich ist.

Vorausschauendes Fahren wird mit Einbremsen verwechselt. Es fehlt der Mut zu beschleunigen, weil das Fahrzeug nicht beherrscht wird. Auf den kommenden Seiten listen wir sie auf – all die Pannen, Un- und Ausfälle. Wir zeigen aber auch, welche Möglichkeiten es gibt das „Sachsen-Anhalt – Mobil“ wieder auf die Strecke zu bekommen und mit Tempo aufzuholen.

Viel Spass beim Lesen.

Ihr



Veit Wolpert
Fraktionsvorsitzender

Der JB 2025 – Sparen war gestern

Schon auf den ersten Blick wird der sportliche Charakter des JB 2025 in den Linien des als Mansfelder Styling bekannten Designs deutlich. Kein Wunder, dass es Minister Bullerjahn gut gefällt. Auch wenn der Wagen mit der Normalbenzin-Verträglichkeit den Genügsamen mimt, spätestens auf der Landstraße dreht sich die Tankuhr. Der JB 2025 ist kein Fahrzeug, das sich verbrauchstechnisch Lumpen ließe. 35 Liter und mehr bei der Fahrweise, für die dieser Wagen gebaut ist. Ob die Einnahmen-Tankstelle erreicht wird, ist immer wieder ein Glücksspiel. Nachhaltigkeit ist ein Fremdwort. Statt Sprit zu sparen und Abgase zu minimieren, saugen gewaltige Luftpumpen, die für ihre Arbeit gern mal 15 PS abzweigen, riesige Mengen luftige Steuereinnahmen in den Auspuff – für die Nachverbrennung, wie es offiziell heißt. Tatsächlich dienen sie jedoch der Minderung der Abgaskonzentration auf die billige Art. Ganz so, wie in der Haushaltspolitik des Finanzministers. Statt bei den Ausgaben des Landes zu sparen, wird auf Steuerermehreinnahmen gesetzt und Geld bei den ohnehin schon gebeutelten Kommunen abgezweigt.

FDP - STANDARDS

- Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau müssen konsequent fortgesetzt werden
- Das Niveau der konsumtiven Ausgaben wird deutlich gesenkt wobei die investiven Ausgaben auf einem hohen Niveau bleiben
- Alle staatlichen Aufgaben werden unter dem Blickwinkel überprüft, ob sie verzichtbar, auf Private übertragbar oder effizienter auf anderen Verwaltungsebenen zu erledigen sind (Aufgabenkritik)
- Verbleibende Kernaufgaben sollen mit dem erforderlichen Personal mit möglichst wenig bürokratischem Aufwand für die Bürger bewältigt werden
- Leistungsanreize, wie Beförderungen und Höhergruppierungen, sollen die Motivation der Bediensteten steigern und den Standort Sachsen-Anhalt für Leistungsträger attraktiv machen
- Der Verkauf von Landesvermögen, welches nicht für Landes-zwecke benötigt wird, ist Teil des Finanzmanagements

PANNENSTATISTIK



Die Reform der Finanzämter ging vor den Baum. Aus rein fiskalischen Erwägungen angestoßen, führt sie eher zu Mehrkosten, ohne dass sich die Betreuung durch die Finanzämter qualitativ verbessert hat.

Strukturelle Veränderungen im Haushalt wurden zwar geplant und gerechnet, aber nicht beschlossen. Der Steuersegen verstellt derzeit den Blick auf die Notwendigkeit zu Veränderungen. Während der Finanzminister inzwischen Planungen bis 2025 erarbeiten lässt, bröckelt die Überzeugung, dass Einsparungen überhaupt noch erforderlich sind.

Die Privatisierung der Spielbanken wurde per Koalitionsvertrag zunächst verschoben. Statt zu einem Zeitpunkt, zu dem der Markt der Spielbanken attraktiv war und entsprechende Verkaufserlöse zu erzielen gewesen wären, steht jetzt eher ein Notverkauf an, weil die Umsätze durch Glücksspielstaatsvertrag und Nichtraucherschutzgesetz stark rückläufig sind.

Als großer Saubermann gestartet, verheddert sich Finanzminister Bullerjahn zunehmend in der Bequemlichkeit seiner Verwaltung. Der Verzicht auf Ausschreibungen und das Übergehen des Landtages nimmt seit Beginn der Legislatur wieder zu, gerade beim Finanzamt Harz, trotz der Gefahr von Strafzahlungen an die EU.

Super-Bike ist Dauergast beim Pannendienst

Durch den Verzicht auf zwei zusätzliche Räder gerät das Super-Bike des Innenministers bereits in den Kurven zur Gemeindegebietsreform aus dem Gleichgewicht und das Ehrenamt gleichzeitig unter die Räder. Das brachte ihm über 150 „Bußgeldbescheide“ in Form einer Kommunalverfassungsbeschwerde der Gemeinden vor dem Landesverfassungsgericht ein. Derart aus der Bahn geraten, kommt das Gefährt des Innenministers beim Personalkonzept der Polizei nicht mehr auf die nötige Drehzahl, wobei auch die Bremsen durch den Finanzminister zu fest angezogen wurden. Während es im Bereich Polizei einige Fehlzündungen gab, versagte der Motor beim Thema „Kampfhunde“ vollständig. Starthilfe durch die Koalitionsfraktionen erfolgte offensichtlich mit Diesel statt mit Benzin-kraftstoff. Die Weiterfahrt zur Funktionalreform und Finanzausgleich ist folgerichtig vom stotternden Motor, abrupften Bremsmanövern und einem allgemeinen Schlingerkurs gekennzeichnet. Zu allem Überfluß scheint auch noch der Sozjus, die Koalitionsfraktionen, abgänglich zu sein. Eine Durchsicht allein kann da auch nicht mehr helfen. Der Fahrer wird somit zum Dauergast beim Pannendienst.

FDP - STANDARDS

- Bei Grundrechtseinschränkungen muss stets nachgewiesen werden können, dass diese zu einer objektiven Verbesserung der Sicherheit der Bürger führen und der Eingriff angemessen und notwendig ist
- Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit, aber auch keine Sicherheit ohne Freiheit
- Eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung der Sicherheitsbehörden ist der Verabschiedung immer neuer Verbots-gesetze vorzuziehen. Schlanke und effektive Verwaltungsstruktu-ren entstehen nach den Grundsätzen der Aufgabenkritik, Aufga-benverzicht, Deregulierung und Kommunalisierung
- Strukturänderungen beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit der Gemeinden stark und bedürfen deshalb stets einer vorherigen Evaluation der aktuellen Situation
- Ehrenamtliches Engagement der Bürger vor Ort ist ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft

PANNENSTATISTIK



Die Gemeindegebietsreform führt zu einer Verringerung der Zahl der Gemeinden auf etwa 100. Zwangsläufige Folge ist die drastische Verringerung der Gemeinderäte und somit die massive Einschränkung des politischen Ehrenamts. Die zwangsweise Einführung von Einheitsgemeinden führt zur Aufgabe der Identifikation mit der Heimatgemeinde, ohne den Nachweis eines Nutzens für den Bürger.

Die überalterte Polizei Sachsen-Anhalts wird derzeit in einem rasanten Tempo und ohne Konzept abgebaut. Ein unzureichender Einstellungskorridor führt zwangsläufig zu Engpässen gerade in den Führungsebenen der Polizei.

Ein „Kampfhundegesetz“ verhindert keine Beißvorfälle. Bereits heute sind die Kommunen in der Lage einen Leinen- und Maulkorbzwang zu verhängen und bei Auffälligkeiten einzugreifen. Das Gesetz führt zu zusätzlichen Aufgaben und Kosten für die Gemeinden und stellt sich in der Umsetzung als schwer handhabbar dar.

Das Finanzausgleichsgesetz ist eine Dauerbaustelle geworden. Ende 2007 wurde ein Entwurf eingebracht. Dann verlor die Regierung aber das Ziel. Seitdem passierte nichts.

Die Funktionalreform wurde zwar als wichtiges Thema auf das Trapez gehoben, konkrete Ergebnisse lassen aber bisher auf sich warten.

Das Tatkraftauto: Die Zukunft der Mobilität?

Wohin geht die Zukunft des Automobils nach dem Ende des Öls? Fragt man Experten, bekommt man oft die Antwort, dass insbesondere die Muskelkraft bei Autos zunehmen wird. Doch das Tretauto ist keineswegs mehr ferne Zukunftsmusik. Es gibt bereits Autohersteller, die voll alltagstaugliche Tatkraft-Autos anbieten, wie den Prototypen von Wirtschaftsminister Haseloff. Sein Fahrzeug ist ein handgefertigtes Automobil aus genveränderten Bambusstangen und gegossener Holzkarosserie, mit Rädern aus gepressten Abfallresten. Diese Fahrzeuge sollen bald „automobil“ – also sich selbst bewegend sein. Die Geschwindigkeit ist allein vom Fahrer abhängig. Offenkundig ein Konstruktionsfehler, denn der Ministerwagen kommt gerade in klein- und mittleren Geschwindigkeiten nicht auf Touren, so dass das Leuchten der roten Laterne am Wagenende schon von weit her zu erkennen ist. Auch lässt die Freiheit im Innenraum zu wünschen übrig. Tadellos hingegen funktioniert die Bremse, für die im „Tatkraftauto“ die eigenen Füße benutzt werden.

FDP - STANDARDS

- **Stärkung des Mittelstandes, der KMU, des Handwerks und der Freien Berufe unter dem Motto: „Weniger Staat und mehr unternehmerische Freiheit“**
- **Steuervereinfachung und Abschaffung aller Steuerprivilegien sowie Bürokratieabbau und Deregulierung mit einem systematischen und ordnungspolitischen Gesamtansatz**
- **Professionelle Ansiedlungs- und Investitionspolitik unter Nutzung der logistischen Standortvorteile sowie Schaffung eines Arbeitsmarktes mit flexiblen Kündigungsrecht**
- **Weiterführung der Biotechnologieoffensive sowie weitere Investitionsförderung**
- **Arbeitsmarktorientierte Bildung an den Schulen sowie eine stärkere Verzahnung von Wirtschaft und Schule**
- **Zukunftsorientierte Energiepolitik ohne Öko-Symbolik**
- **Rückzug des Landes aus wirtschaftlichen Betätigungen**

PANNENSTATISTIK



Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit. Wer heute staatliche Löhne will, wird morgen staatliche Preise festsetzen.

Von einer wirtschaftsfreundlichen Modellregion Sachsen-Anhalt für Bürokratieabbau und besonders schnelle Genehmigungsverfahren ist in der blassen Wirtschaftspolitik von CDU und SPD nichts zu spüren. Im Gegenteil – die bürokratischen Lasten für die Unternehmen werden immer höher. Ämter und öffentliche Verwaltungen wälzen immer mehr eigene Aufgaben auf die Steuerzahler ab ohne sie finanziell zu entlasten.

Als größter Flop geht sicher die Bürgerarbeit in die Geschichte des frischgebackenen Wirtschaftsministers ein. Zwar war das deutschlandweite mediale Interesse groß, doch kurz nach dem Start kam das endgültige Aus. Nach der bundesweiten Propaganda für das neue Modell Sachsen-Anhalts, erfolgte die Stilllegung der Bürgerarbeit in aller Stille.

Innovationspolitik braucht einen langen Atem, und der fehlte offenbar der Landesregierung. Statt bei der Bundesregierung im Interesse der Biotechnologie in Sachsen-Anhalt auf eine liberalere Gesetzgebung zu drängen, fährt Haseloff eine wichtige Wachstumsbranche vor den Baum.

Der Mindestlohn wurde zum Dauerstreit in der Koalition. Er erinnert ein wenig an die Magdeburger Halbkugeln. Zwei Kräfte drängen in unterschiedliche Richtungen und nichts bewegt sich. Den Arbeitslosen nützt ein Mindestlohn gar nichts. Er führt zu mehr

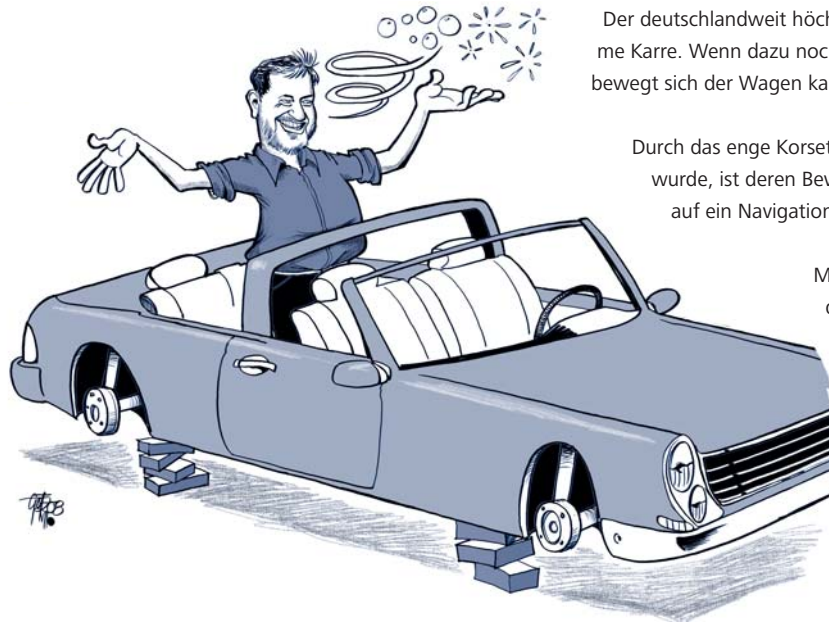
Wenn ich mir was wünschen darf, oder wie man die Realität ausblendet

Kein Thema seines Bereichs lässt den Sonnyboy des Kabinetts kalt. Zu allem weiß er gar launig zu parlieren und seine Zuhörer schwindlig zu reden. Man kann ihm einfach nichts abschlagen. Aber wozu sollte man auch, er will ja nichts. Visionslos hat Minister Olbertz den Wagen aufgebockt und verharrt auf der Stelle, nicht merkend, dass die Welt längst an ihm vorbeigezogen ist. Hoher Schüleranteil ohne Abschluss, Hochschulen, die mittlerweile mehr Zeit mit Haushaltsplanungen und Berichten an das Ministerium verbringen müssen, als mit Forschung und Lehre und die organisierte Konzeptionslosigkeit im Kulturbereich sind Ergebnis von sechs Jahren professoraler Missionarstätigkeit. Zwar sind mittlerweile alle vom Glauben abgefallen, doch tägliche Reflexion in hunderten selbst geschaffenen Gremien geben Kraft für ein ungebrochenes Weltbild, das äußere Zwänge als Grund für eigene Entscheidungsarmut sieht. Dieser Wagen kann nichts mehr ziehen, doch dass der Lack längst ab ist, sieht man von innen nicht. Mehr Entscheidungsfreiheit bei den Schulen und Hochschulen? Fehlanzeige bei einem Ministerium, das täglich mindestens 3 Erlasse ausspuckt. Nur das Wissen um die eigene Unfehlbarkeit hilft, Forschung und Lehre auf starre Gleise zu nageln. Freie Schulen werden ausgehungert und den Universitäten geht es nicht besser. Wenn alle Theater im Land geschlossen sind, kann ja ein guter Auftritt des Ministers immer noch das Publikum begeistern, jedenfalls solange nicht der Letzte den Saal verlässt.

FDP - STANDARDS

- Die Schulen müssen als ersten Schritt in die Hand der Kommunen, um ihnen dann mehr Eigenständigkeit zu geben
- An allen Grundschulen muss wenigstens stundenweise ein Förderschullehrer zur Verfügung stehen, um eine integrative Beschulung zu ermöglichen
- Es wird ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz geben, dass den Hochschulen mehr Entscheidungsfreiheit gibt und eine leistungsbezogene Finanzierung sichert
- Eine Kulturkonzeption garantiert wohnortnahe Mindestversorgungsstandards der Bevölkerung mit Theatern und Orchestern sowie der Förderung kultureller Aktivitäten von Kindern und Laien

PANNENSTATISTIK



Der deutschlandweit höchste Anteil an Förderschülern macht aus dem Fahrzeug eine lahme Karre. Wenn dazu noch die zunehmend kritisierte Qualität der Schulabschlüsse kommt, bewegt sich der Wagen kaum, was wohl der Grund für die fehlenden Räder sein könnte.

Durch das enge Korsett, das den Hochschulen mit den Zielvereinbarungen übergestreift wurde, ist deren Bewegungsmöglichkeit gegen Null gegangen, weshalb im Fahrzeug auf ein Navigationssystem verzichtet wurde.

Mit der kalten Finanzkürzung bei den Hochschulen sinkt der Wiederverkaufswert der Olbertzchen Politik merklich. Wer nicht investiert, verliert.

Kein schlüssiges Konzept prägt den Style des Wagens, weshalb die Kultur im Lande systematisch an die Wand gefahren wird. Dass sich der Fahrer nicht angeschnallt hat, weist auf Unwissen hinsichtlich der Gefahren hin.

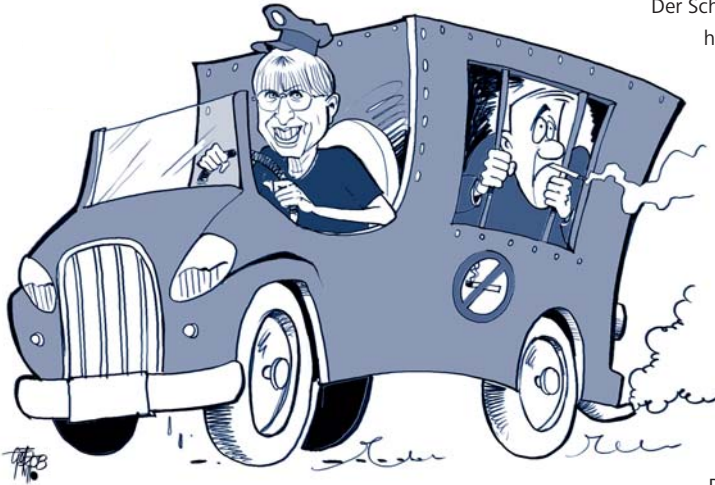
Mängel bleiben trotz Überarbeitung bestehen

Zum wiederholten Mal hat Sozialministerin Gerlinde Kuppe am Steuer ihres „Sicherheitsmobils“ Platz genommen und fühlt sich, wie sollte es anders sein, rundum gut aufgehoben. Dabei entpuppte sich ihr erstes Fahrzeug dieser Art bereits vor Jahren als Flop, da auch eine ausfahrbare vordere Stoßstange, versteifte Türen, eine verformbare Karosserie sowie ein gestaltfester Fahrgastraum (also die „stabile Zelle“) nicht über die gravierenden Mängel ihres Vehikels hinweg täuschen konnten. Nun also ein neuer Versuch. Insgesamt sollen 134 neuartige Sicherheitsvorkehrungen Sicherheit suggerieren. Doch mit wenig Erfolg. Denn allein durch die ruppige Fahrweise der Ministerin sind Pannen praktisch vorprogrammiert. Auch bei der Verarbeitung wurde erneut gepfuscht. So gibt es erhebliche Probleme in der Abstimmung zwischen den Komponenten, zum Beispiel beim Sport-Fahrwerk oder der Kindersicherheit. Auch das Navigationssystem zeigt eine gewisse Orientierungslosigkeit. Bleibt festzuhalten: Da Frau Kuppe an einer Reihe von Bauteilen festgehalten hat, die schon bei der ersten Markteinführung nicht zu überzeugen mochten, bleibt dieses Fahrzeug etwas für Bastler.

FDP - STANDARDS

- Eigenverantwortung stärken und ein möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglichen
- Chancengleichheit statt Ergebnisgleichheit
- Vertrauen in die Fähigkeit der Eltern, aber auch Angebote zur Hilfe und – wenn erforderlich gesellschaftliches Handeln
- Funktionsfähige und zukunftstüchtige Gesundheitsstrukturen
- Abgestimmte Bildungsstrukturen vom Kindergarten bis zur Hochschule
- Autonome Strukturen bei Wohlfahrtsverbänden und im Sportbereich ermöglichen
- Ehrenamtliche Strukturen auch durch die Akzeptanz unbarer Leistungen erleichtern

PANNENSTATISTIK



Der Schutz der Nichtraucher ist sicher wichtig, aber eines solchen Landesgesetzes hätte es dazu nicht bedurft. Nun dürfen Behinderte und Senioren in Heimen nicht mehr rauchen, wohl aber die Insassen von Justizvollzugsanstalten in ihren Zellen. Die Verfassungswidrigkeit wurde erwartungsgemäß festgestellt.

Das Kinderschutzgesetz stellt alle Eltern unter den Verdacht, ihre Kinder nicht richtig betreuen zu können, ohne im Gegenzug mehr Sicherheit für die Kinder garantieren zu können, die wirklich Gefahren ausgesetzt sind. Statt die dafür zuständigen Jugendämter zu stärken, setzen CDU und SPD auf eine Überwachung durch Ärzte, Erzieher und Hebammen.

Die Sportförderung des Landes lief ausgerechnet im Jahr vor den olympischen Spielen aus dem Ruder. Die Strukturen, die die Ministerin vor Jahren selbst einführte, müssen nun dringend abgeschafft werden.

Die finanziellen Folgen der Gesundheitsreform überblickt im Moment keiner der Betroffenen. Auch die Ministerin nicht. Immerhin geht sie davon aus, dass irgendwie alles gut wird – hat sie die Eckpunkte doch mitverhandelt.

Das einzige, was der Gesundheitsministerin zum Thema Ärztemangel einfällt, ist Schwester Agnes. Die „Telegesundheitsschwester“ oder „integrierte Landschwester“ fährt nun übers Land und übernimmt die Arbeit, die vorher der Arzt gemacht hat. Wie in Entwicklungsländern wird die medizinische Versorgung auf die Krankenschwestern übertragen.

Und wenn der Traktor schlingert, oben ist oben

Wer von einem Erntedankfest zum nächsten will, kommt mit diesem robusten und zu gleich legendären Lanz Bulldog gut voran. Auch wenn die Landwirtschaft bis heute auf verbindliche Zukunftssignale aus Magdeburg wartet, die Milchbauern ihre Milch in den Gulli schütten müssen, die Forststrukturreform mehr Feinde als Freunde hat und die Landesverwaltung den modifizierten Flächenmaßstab bei den Unterhaltungsverbänden hintertreibt, sehen wir Ministerin Wernicke mit einem stoischen lächeln auf ihrem Gefährt gemächlich durchs Land fahren. Neuste Geschehnisse und Entwicklungen gehen an diesem Gefährt vorbei, was aufs Tempo drückt und den Wiederverkaufswert senkt. Der Umweltschutz ist hier nur das fünfte Rad am Wagen. Die mangelnde Ausgewogenheit zwischen Ökonomie und Ökologie macht sich selbst beim Elchtest bemerkbar. Der Müll, der aufgrund gebrochener Bordwände, die der Last der Probleme nicht mehr standhalten, vom Hänger fällt, wird mit Kompetenzschiebereien weggeredet. Den Rest muss der Staatssekretär wegräumen. Im Übrigen ein Maschinist mit klarem Havarieplan, der „Fehlerstellen“ schnell zu eliminieren weiß. Ob dieses Fahrzeug bei einer genehmigten Anlage ablädt, mangels Navigationssystem irgendeine Grube anfährt oder sonstige Löcher am Wegrand aufschüttet, ist nie gewiss. Wie auch der massive Schadstoffausstoß des Vehikels nicht mehr den neuesten Standards entspricht. Gut fährt der Schlepper in eingefahrenen Pfaden, in denen man die Hände vom Lenker nehmen kann. Dort fährt er auch seinen vorgegebenen Weg weiter. Ansonsten hilft wohl nur ein neuer Chauffeur.

FDP - STANDARDS

- Klimawandel ist das bestimmende Thema der Zukunft
- Das Ökokonto muss als Instrument des Ausgleichs funktionieren
- Die Landwirtschaft ist in der Marktwirtschaft angekommen und braucht dort Unterstützung und eine verlässliche Politik
- Aufklärung statt Verschleierung bei Kontrollfehlern
- Einbeziehung der Nutzer bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie.

PANNENSTATISTIK



Wie das Pfeifen im Walde klingt das Eigenlob zur Forststrukturreform mit zweifelhaftem Gutachten. Nach Vernebelung der Betriebskosten wurde Wirtschaftlichkeit in intransparenten Strukturen vorgegaukelt, doch das Streckenpublikum merkt den Schwindel und verlässt den Parcours.

Lange Zeit wurden der Klimawandel als Nonthema betrachtet und damit wichtige Entwicklungen verschlafen. Inzwischen findet ein Recycling der Ideen anderer statt, was die Attraktivität des Gefährts nicht steigert.

Interessant ist das Vorgehen bei der Europapolitik, wo das Erwecken von Mitleid mangels Eigengewicht die Taktik der Wahl zum Vorwärtsskommen scheint.

Wenig innovativ ist die Kurventechnik bei Wasser und Abwasser, wo mittels Verschließen der Augen Bevölkerungsrückgang und populistische Verbandsherren ignoriert werden und die Unfallkosten beim Schleudern den Einwohnern bleiben oder einfach vom Steuerzahler getragen werden.

Die bekannte Taktik der Schuldabwälzung finden wir beim Müllskandal, wo man ganz erstaunt auf die Ladung des Wagens schaut und nicht weiß, wer das aufgeladen hat.

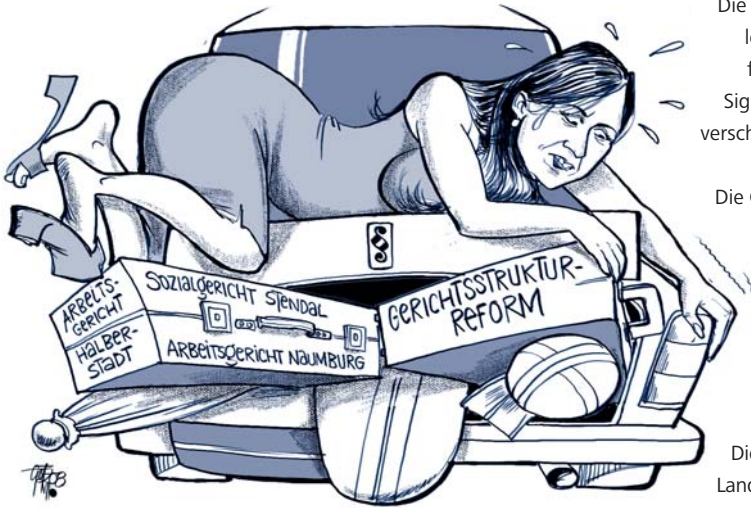
Poliertes Chrom kann über gravierende Mängel nicht hinwegtäuschen

Die Justizministerin Frau Prof. Kolb machte es sich in einem schicken Cabriolet gemütlich und ließ es ruhig angehen. Bei der Fahrt durch die Gerichtsstruktur ging es wohl mehr um das publikumsträchtige Cruisen, als um Benzin sparendes Fahren oder leistungssteigerndes Tuning. Am Ende blieb mehr Gepäck übrig als nötig und der kleine Kofferraum war trotz aller Mühen nicht ausbaufähig. Auch als das Navigationssystem auf Extremismusbekämpfung zeigte, waren Gaspedal und Lenkrad wohl an ungünstiger Stelle, wie sonst lässt sich erklären, dass vorhandene Instrumente als unzulänglich bezeichnet wurden. So wurde mit populärer Symbolpolitik wieder nur das Chrom poliert, tatsächliche Verbesserungen der Kurvenlage, Steuerung und des Durchzugs blieben auf der Strecke. Wie man aber hört, soll die in der Werkstatt befindliche JVA Burg nichts für „Warmduscher“ sein. Vielleicht ein Erfolgsmodell älterer Bauart.

FDP - STANDARDS

- Die Justiz muss personell und sachlich gut ausgestattet werden, denn eine gut funktionierende und unabhängige Justiz stellt einen positiven Standortfaktor dar
- Bürgernahe Gerichte müssen in ausreichender Zahl in der Fläche vorgehalten werden
- Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts durch die Erhöhung des Strafraumens von 10 auf 15 Jahre ist nicht zielführend. Der Erziehungsgedanke steht bei Jugendlichen und Heranwachsenden weiterhin im Vordergrund
- Einschränkungen von Freiheitsrechten unterliegen einer strengen Verhältnismäßigkeitsprüfung, Tendenzen hin zu einem Präventionsstaat sind abzulehnen
- Opferschutz muss ausreichend finanziell untersetzt werden, damit er auch in der Praxis effektiv umgesetzt werden kann

PANNENSTATISTIK



Die Bundesratsinitiative zur Einführung eines Straftatbestandes für Körperverletzungsdelikte aus politisch motivierten Gründen birgt die Gefahr der Einführung eines Gesinnungsstrafrechts. Das Ziel der Initiative, ein politisches Signal gegen extremistische Gewaltkriminalität zu setzen, entlarvt die Strafverschärfung als Symbolpolitik.

Die **Gerichtsstrukturreform** sollte Bürgernähe und effiziente Gerichtsstrukturen bringen. Ergebnis war aber die Schließung zweier gut ausgelasteter Arbeitsgerichte, eines Verwaltungsgerichts und die bisher einzige Schließung eines Sozialgerichts in Deutschland. Bürgernähe soll künftig durch Gerichtstage gewährleistet werden, die in anderen Bundesländern aufgrund ihrer hohen Kosten und Ineffizienz bereits wieder abgeschafft worden sind.

Die Initiative der FDP-Fraktion zum Thema **Schülergerichte** wurde von der Landesregierung aufgegriffen, dann aber leider als ihre eigene Idee verkauft.

Der letzte Cowboy

Als echter Cowboy, der bei symbolischen Straßenfreigaben die goldenen Scheren schneller zieht als sein Schatten, kann Minister Daehre mit Cabrios und Sportwagen nichts anfangen. Passend zu seinem Job benötigt er einen Lastwagen – einen echten „König der Landstraße“. Wie sonst sollte er die Schilder(leichen), die seinen Weg pflastern, beseitigen? Denn wenn der Minister um zwölf Uhr Mittags im Lastwagen des Landesbetriebes Bau in die Stadt „reitet“, so wie einst Gary Cooper in „High Noon“, weiß jeder: Der Sheriff ist zurück und Mautflüchtlingen, Planungschaos und Straßensperren geht es an den Kragen. Oder doch nicht? Oft sucht der Lastwagen die fehlenden Ortsumgehungen oder irrt planlos über Gewerbegebiete, die als „beleuchtete Wiesen“ ihr Dasein fristen. Im Chaos um den Landesentwicklungsplan scheinen ihn seine Gefährten, die „glorreichen Sieben“ Minister sowie Marshall Böhmer, im Stich zu lassen und die steigende Zahl der „gesetzlosen“ Mautflüchtlinge nimmt in seinem Gebiet ebenfalls immer weiter zu, was die Bevölkerung gegen ihren Sheriff rebellieren lässt... Harte Zeiten brechen also an, für den letzten wahren Cowboy!

FDP - STANDARDS

- Der Ausbau der Infrastruktur, z.B. von Ortsumgehungen und Gewerbegebieten, muss sich an den konkreten örtlichen, wirtschaftlichen Erfordernissen orientieren
- Besonders vom Mautausweichverkehr betroffene Autobahnstrecken müssen von der Maut befreit werden, um das Verbleiben schwerer LKW auf der Autobahn zu bewirken. Dies entlastet die Anwohner auf Ausweichstrecken und hält die finanzielle Belastung durch Mindereinnahmen in Grenzen
- Durch die Trennung von Netz und Betrieb sollte der Wettbewerb auf der Schiene verstärkt werden, der schlussendlich zur Verbesserung des Bahnangebotes führt
- Um die Verlagerung von Transporten auf Binnenschiffe zu forcieren, ist die Sanierung vorhandener wasserbaulicher Anlagen in jeder Hinsicht zu fördern
- Die ressortübergreifende Fortschreibung der Stadtentwicklungskonzepte unter Einbeziehung privater Hauseigentümer ist konsequent fortzusetzen

PANNENSTATISTIK

Das „begleitete Fahren ab 17“ stieß beim Minister zunächst auf wenig Gegenliebe. Erst durch die Beharrlichkeit der FDP-Fraktion konnte sich Minister Daehre zu einem Modellversuch durchringen, dessen Erfolg er im Nachhinein als seinen eigenen verkaufte.



Gegen jedes Funktionalreformkonzept sowie gegen seine eigenen Ministerkollegen wurde einst der Landesbetrieb Bau gegründet, durch den die Kreisstraßenunterhaltung zentral durch das Land gesteuert werden soll. Dabei ist die Existenz einer belastbaren Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht überliefert und die Umgehung des Vergaberichts für die Unterhaltungsleistungen ist nicht ganz unumstritten.

Inhaltliche und methodische Schwächen beim Planfeststellungsverfahren für ein zwölf Kilometer langes Teilstück der A143 (Westumfahrung Halle) führten dazu, dass das Bundesverwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluss für rechtswidrig erklärte. Geklagt hatte ein Naturschutzverband.

Mehrfach angekündigt, wartete man vergebens auf den neuen Landesentwicklungsplan. Nach einem Vorschaltgesetz mit Fristverlängerung und einem ohne vernünftige Beratung in zweieinhalb Wochen durch den Landtag geprügeltes Landesplanungsgesetz darf man gespannt sein, wie ausgefeilt der Landesentwicklungsplan ausfallen wird.

„Gelbe Engel“ sind Helfer im Pannenfahl

Sie sehen: Mit dem Team „Schwarz-Rot“ wird Sachsen-Anhalt keine Rennen oder Etappen gewinnen können. Nötig ist, grundlegende Veränderungen am Fahrzeug vorzunehmen und kompetenten Akteuren das Steuer zurückzugeben.

Im Jahr 2011 wird neu entschieden – wer für Sachsen-Anhalt die Verantwortung übernehmen darf. Solange werden die „Gelben Engel“ versuchen, das schlimmste zu verhindern und das Sachsen-Anhalt – Mobil vor dem Totalcrash zu bewahren.

Ihre

„Gelben Engel“ der FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt



